

## Selbständige Sozialdemokratie oder Sozialistische Einheitspartei?

### Die pfälzische SPD und ihre Ablehnung einer Fusion mit der KPD nach 1945

Nach der Spaltung der Arbeiterbewegung waren die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in der Pfalz während der Weimarer Republik besonders intensiv gewesen, da auf Seiten der SPD die Parteilinke schwach ausgeprägt war, während die pfälzische KPD bis 1928 eine Bastion der Ultralinken in der Partei war. Diese widersetzten sich einer Kooperation mit der Sozialdemokratie auch in den Jahren 1922/23 und 1926/27 als die Berliner Parteiführung eine Kooperation mit der SPD suchte. Als nach 1928 dann die KPD-Führung selbst auf einen ultralinken Kurs schwenkte und diesen bis 1933 beibehielt, waren die Konfliktlinien in der Pfalz und im Reich identisch. So blieben gemeinsame „Einheitskomitees gegen den Faschismus“, wie z.B. in Grünstadt und Oggersheim, nur Episoden. Entsprechend unfähig zu gemeinsamen Abwehraktionen standen 1933 die pfälzischen Arbeiterparteien der Machtübergabe an die Nationalsozialisten gegenüber.

Während größere gemeinsame Widerstandsaktionen für die Pfalz nicht bekannt sind, ergab sich nun aber trotzdem eine Wiederannäherung, sei es durch gelegentliche Zimmergespräche oder durch die Zwangslage in den Schutzhaftkellern und Konzentrationslagern der Nationalsozialisten. Auch im politischen Exil ergaben sich Berührungspunkte, so z.B. ab 1943 im „Nationalkomitee Freies Deutschland für den Westen“ in Südfrankreich, zwischen dem ehemaligen Organisationsleiter der pfälzischen KPD und bayerischen Landtagsabgeordneten ab 1928 Herbert Müller und dem ehemaligen sozialdemokratischen Bürgermeister von Pirmasens und bayerischen Landtagsabgeordneten ab 1932 Adolf Ludwig.

Unmittelbar nach der Befreiung 1945 hatte die pfälzische KPD gegenüber der SPD einen organisatorischen Vorsprung, da es ihr wesentlich schneller gelang, wieder ehemalige Mitglieder in illegalen Gruppen zu organisieren. Weiterhin tendierten die Mitglieder der zwischen den beiden Großparteien in der Weimarer Republik entstandenen Zwischengruppen

SAP, KPO, Linke Kommunisten, Rote Kämpfer etc. in der Pfalz nach 1945 zunächst eher zu einer Mitgliedschaft in der KPD. Viele verließen dann aber bis 1951 die Partei wieder.

So erhielt die pfälzische KPD zunächst auch eine führende Rolle in den unmittelbar nach der Befreiung gebildeten Antifa-Komitees, die bald von Antifaschistischen Ausschüssen abgelöst wurden. In diesen sammelten sich die Vertreter der in Gründung begriffenen Parteien, um Übereinstimmungen bezüglich des gemeinsamen Vorgehens bei tagespolitischen Fragen zu erzielen. Nach Herbert Müller gab es in Ludwigshafen direkte Unterredungen zwischen Vertretern der KPD und SPD bereits seit Mai 1945. Später wurden diese spontanen Zusammenschlüsse zu Gunsten des Wiederaufbaus der eigenen Organisation wieder verlassen. Trotzdem hatte am 29. August 1945 in Ludwigshafen eine Konferenz aus jeweils vier Vertretern der beiden Arbeiterparteien sogar über die Bildung von „Verständigungsausschüssen“ auf der bezirklicher Ebene beraten!<sup>1</sup>

Ab dem 9. November 1945 gab die französische Militärregierung die Erlaubnis zur Abhaltung von „Antifaschistischen Versammlungen“. Daraufhin führten KPD und SPD am 16. und 26. November 1945 in Speyer gemeinsam zwei entsprechende Veranstaltungen durch, bei denen sie wechselseitig den Hauptredner bzw. Versammlungsleiter stellten. Auf der ersten Versammlung referierte Franz Bögler, auf der zweiten sprach Herbert Müller zum Thema: „Durch Einheit zur Demokratie“ und warb für eine Beibehaltung des antifaschistischen Konsenses beider Arbeiterparteien.<sup>2</sup> Mit der Zulassung von Parteien in der Französischen Besatzungszone durch die Verordnung Nummer 23 vom 13. Dezember 1945 verloren die Antifaschistischen Ausschüsse dann endgültig ihre Berechtigung. Auch hier bestätigte sich wieder der organisatorische Vorsprung der pfälzischen Kommunisten vor den Sozialdemokraten, da ihre Partei bereits am 5. Februar 1946 zugelassen wurde, während die SPD erst am 23. Februar 1946 ihre Lizenz erhielt.

Unmittelbar nach der Legalisierung der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz veröffentlichte deren Leitung einen eigenen Aufruf, der sich formal zwar an den Aufruf des ZK vom 11. Juni 1945 anlehnte, sich inhaltlich aber bereits für die Schaffung einer sozialistischen

---

<sup>1</sup> Vgl. Hauth, Ulrich: Die Politik von KPD und SED gegenüber der westdeutschen Sozialdemokratie, Frankfurt / Bern / Las Vegas 1978, S. 45 f.

<sup>2</sup> Vgl. die Ausgaben der Rheinpfalz vom 21. November und 1. Dezember 1945, sowie den Sonderdruck in: Pfälzische Heimatblätter, 14. Jg., 1966

Einheitspartei aussprach.<sup>3</sup> Dieses Ziel verfolgte auch eine Versammlungskampagne in Rheinhessen und der Pfalz. Die häufig auch von vielen Mitgliedern der SPD besuchten Veranstaltungen standen unter dem Motto: "Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte mit dem Ziel, ein freies, demokratisches, glückliches und dauerhaftes Deutschland des Friedens und der Arbeit zu schaffen."<sup>4</sup>

Unzweifelhaft sollte damit die in der SBZ von der KPD mit Billigung der SMAD forcierte Vereinigung mit der SPD im Interesse der Konsolidierung der dortigen kommunistischen Vorherrschaft unterstützt werden. Entsprechend versuchte Herbert Müller, nach dem Abbruch inoffizieller Einheitsfrontverhandlungen durch die pfälzischen Sozialdemokraten im Februar 1946,<sup>5</sup> in einem Schreiben vom 1. April 1946 den dortigen Bezirksvorstand der SPD wenigstens für die Durchführung gemeinsamer Kundgebungen zusammen mit den Einheitsgewerkschaften anlässlich des 1. Mai 1946 zu gewinnen. Dies wurde jedoch von der SPD genauso zurückgewiesen wie die angebotene Teilnahme einer KP-Delegation an ihrem 39. Bezirksparteitag am 13. und 14. April 1946 in Kaiserslautern, die dort für die Einheitspartei werben sollte. Der Parteitag sprach sich am 13. April 1946 „aus allgemeinen politischen Erwägungen“ einstimmig gegen einen Empfang der kommunistischen Delegation aus. Bezirkssekretär Franz Bögler begründete diese Entscheidung gegenüber dem Delegationsleiter Arno Freiburg u.a. damit, „daß Stalin in Rußland bei den Wahlen auch 99% der Stimmen erhalten habe, daß sei doch auch nichts anderes als eine faschistische Diktatur“. In der Folge nahm die Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD zum Teil sehr persönliche Formen an. So mußte sich der SPD-Bezirkssekretär Maxim Kuraner, der bis 1939 Mitglied der KPD gewesen war, gegen ehrenrührige und böswillige Verleumdungen zur Wehr setzen. Gegenüber Freiberg erklärte Kuraner, wenn die SPD nicht nur politische Gründe hätte, um eine Zusammenarbeit mit der KPD abzulehnen, „so würden wir das sicherlich tun, weil

---

<sup>3</sup> Vgl. den Aufruf der Kommunistischen Partei Landesleitung Hessen-Pfalz. Quelle: Ordner KPD 1945-1948 im Antifa-Archiv, Ludwigshafen. Grundlegend zur Einheitskampagne der KPD nach 1945: Müller, Werner: Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“, Frankfurt am Main / New York 1979, zur Haltung der SPD: Moraw, Frank: Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, 2. Auflage, Bonn 1990, zu den Vereinigungsbestrebungen von SPD und KPD in den Westzonen: Fisch, Gerhard / Krause, Fritz: SPD und KPD 1945/46, Frankfurt am Main 1978

<sup>4</sup> Vgl. die Ausgaben der Rheinpfalz ab dem 23. Januar 1946, Nr. 32 ff., 1. Jg., sowie die der Pfälzischen Volkszeitung ab dem 16. Oktober 1945, Nr. 1 ff., 142. Jg.

<sup>5</sup> Vgl. die Ausführungen von Herbert Müller auf der Konferenz der Süddeutschen Bezirke der KPD in Stuttgart am 12. und 13. Februar 1946 in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/46, Band 3. Bearbeitet von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch, München / New Providence / London / Paris 1995, S. 304

wir mit Leuten wie Ihnen und manchen anderen in Ihrer Partei nicht in einer Partei zusammen organisiert sein möchten!“<sup>6</sup>

Zuvor hatten sich bereits die Sozialdemokraten West-Berlins am 31. März 1946 in einer Urabstimmung der Vereinnahmung durch die KPD verweigert. Trotzdem wurde am 21. April 1946 im Ostsektor und in der SBZ die SED konstituiert, wodurch die SPD in Ostdeutschland bis 1989 zu bestehen aufgehört hatte. In Ablehnung dieser Zwangshandlung definierte sich die westdeutsche SPD unter der Führung von Kurt Schumacher auf ihrem ersten Nachkriegsparteitag in Hannover als „Einheitspartei“ der nichtkommunistischen Sozialisten.<sup>7</sup>

Unmittelbar im Anschluß an den Vereinigungsparteitag in Ost-Berlin publizierte die KP Hessen-Pfalz eine Broschüre mit dem Titel "Triumph der Einheit". Diese wurde anschließend auch in der "Rheinpfalz" veröffentlicht. In ihr wurden "sozialdemokratische Einheitsfreunde in Pfalz und Hessen" aufgefordert, als "Vorkämpfer" für die sozialistische Einheit mit der KPD gemeinsame Organisations- und Einheitsfront-Ausschüsse zu schaffen.<sup>8</sup> Entsprechend tagte auch der am 18. und 19. Mai 1946 in Ludwigshafen zusammengetretene 1. Landesparteitag der KP Hessen-Pfalz unter der Losung "Im Zeichen der sozialistischen Einheit". 553 Delegierte repräsentierten 234 Ortsgruppen und 67 Betriebsgruppen. Weiterhin waren 164 Gastdelegierte anwesend, darunter 37 Sozialdemokraten, die u.a. in einem „Einheitsausschuß“ in Zweibrücken organisiert waren. Nach der Eröffnung von Herbert Müller sprach als Vertreter der SPD im Zweibrücker „Einheitsausschuß“ Ernst Birnbaum. Es folgten drei Referate zum Motto des Parteitages, nämlich von Herbert Müller über "Sozialistische Einheit und unsere Aufgaben", von Willy Feller unter dem Titel "Vereinigung von SPD und KPD" über die Grundsätze und Ziele der SED und vom Instrukteur des Zentralsekretariats der SED in der Französischen Besatzungszone, Otto Niebergall, mit dem Thema "Über Demokratie zum Sozialismus". Der Parteitagssamstag wurde beendet mit einer künstlerisch gestalteten Abendfeier, in deren Mittelpunkt ein weiteres Referat von Herbert Müller über „Sozialistische Einheit zur Rettung des Volkes“ stand. Am Sonntag, den 19. Mai 1946 wurde der Parteitag mit einer Aussprache der Referate vom Samstag eingeleitet. In einer Resolution forderte die KPD für Rheinhessen-Pfalz unbürokratische Maßnahmen zum

---

<sup>6</sup> Vgl. den Bericht von Arno Freiberg über den Bezirksparteitag der SPD im Nachlaß Herbert Müller, sowie Weitzel, Kurt: Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945-1947, Mainz 1989, S. 191 ff.

<sup>7</sup> Zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD: Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46, herausgegeben von Gert Gruner und Manfred Wilke, München 1986

<sup>8</sup> Vgl. Feller, Willy: Triumph der Einheit, Ludwigshafen 1946

Wiederaufbau, eine demokratische Schulreform, sowie die volle Gleichberechtigung der Frau und eine Bodenreform. Durchsetzbar erschien dies der KPD nur über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und die Schaffung eines demokratischen Blocks aller antifaschistischen Parteien.<sup>9</sup> Da sich die 37 Mitglieder der SPD am Parteitag der KP Hessen-Pfalz entgegen den ausdrücklichen Anweisungen der pfälzischen SPD-Führung beteiligt hatten, wurde zwei Tage später ihr Sprecher Ernst Birnbaum vom Vorstand der pfälzischen SPD wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen.<sup>10</sup>

Auch die auf den Landesparteitag der KPD folgenden Unterbezirkskonferenzen der pfälzischen SPD bekräftigten ihre Ablehnung einer Verschmelzung mit der KPD.<sup>11</sup> Trotzdem beteiligte sich die SPD am 25. Mai 1946 gemeinsam mit KPD, CDU und Sozialem Volksbund an einer Erklärung gegen den Separatismus in der Pfalz. Weiter traten die vier Parteien am 27. Mai 1946 zu einer gemeinsamen Konferenz zusammen und bekräftigten die Erklärung vom 25. Mai 1946.<sup>12</sup>

In ihrem Kommunalwahlprogramm von 1946 schlug die KP Hessen-Pfalz erneut die Einheit von SPD und KPD und eine Blockbildung mit CDU und den Liberalen analog zur SBZ vor. Entsprechend bot sie der SPD auch die Aufstellung gemeinsamer Listen bei der Wahl der Gemeinde- und Kreisparlamente an, worauf die SPD jedoch nicht reagierte. Dies wurde jedoch nicht von allen sozialdemokratischen Gliederungen begrüßt: So wurde am 4. September 1947 auf einer gemeinsamen Sitzung der Ortsgruppen von SPD und KPD in Heßheim von Sozialdemokraten bedauert, daß „eben die Richtlinien von unserer Parteileitung eine Zusammenarbeit eigentlich verbieten, daß wir aber trotzdem gewillt seien, in Zukunft in unserer Gemeinde in wichtigen Fragen uns gemeinsam zu beraten.“<sup>13</sup> Faktisch kam es auf Grund der großen Probleme der Nachkriegszeit und nicht zuletzt auch auf Wunsch der französischen Besatzungsmacht nach den Kommunalwahlen in der Pfalz aber dann doch zu

---

<sup>9</sup> Zum 1. Landesparteitag der KP Hessen-Pfalz vgl. KPD-Rundbrief Nr. 1, 1946 im Nachlaß Herbert Müller, sowie die Ausgaben der Rheinpfalz ab dem 20. Mai 1946, Nr. 65 ff., 1. Jg. und die Pfälzische Volkszeitung vom 24. Mai 1946, Nr. 42, 142. Jg

<sup>10</sup> Vgl. Die Rheinpfalz vom 22. Mai 1946, Nr. 66, 1. Jg. und Pfälzische Volkszeitung vom 24. Mai 1946, Nr. 42, 142. Jg.

<sup>11</sup> Vgl. beispielhaft die Entschließung der Konferenz des Unterbezirkes Frankenthal, in: Stadtarchiv Frankenthal, Abt. VIII/14/D1

<sup>12</sup> Vgl. Pfälzische Heimatblätter, Nr. 8, 2. Jg., 1954

<sup>13</sup> Zitiert nach dem Protokollbuch der SPD-Heßheim bei Nestler, Gerhard: Parteien, Wahlen, Koalitionen: Die politische Entwicklung Heßheims von 1945 bis 1990, in: Heßheim. Geschichte eines pfälzischen Dorfes. Band II. Im Auftrag der Ortsgemeinde Heßheim herausgegeben von Erwin Schnell und Gerhard Nestler, Heßheim 1993, S. 787

der von der KPD gewünschten Blockbildung zwischen den Parteien, die zu einer paritätischen Besetzung der Verwaltungsspitzen führte und bis November 1948 bestand hatte.

Auch zu Beginn des Wahlkampfes zum ersten Landtag in Rheinland-Pfalz bot die Landesleitung der KPD in einem Schreiben dem Parteivorstand der SPD Pfalz-Hessen eine Listenverbindung an, um "die Reststimmen für die sozialistischen Parteien zum Wohle des schaffenden Volkes verwerten zu können". Als Ziele dieser Verbindung schlug die KPD die Fortführung der Entnazifizierung, die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und eine gemeinsame Bildungspolitik vor. Nach der Ablehnung der Listenverbindung durch den 40. pfälzischen Bezirksparteitag der SPD am 26. und 27. April 1947 in Speyer wandte sich die KPD aber im Wahlkampf ausdrücklich gegen deren Politik.<sup>14</sup> Trotzdem war im Rahmen einer Allparteienregierung in der ersten Landesregierung von Rheinland-Pfalz neben der SPD auch die KPD vertreten.

Von Frühjahr 1947 an verschärften die wachsenden sozialen Spannungen auch die politischen Rivalitäten innerhalb des AGB. Auf einer Geheimkonferenz der wichtigsten kommunistischen Gewerkschaftsführer der Französischen Besatzungszone am 23. Mai 1947 in Mainz wurde die Marschroute festgelegt. Eine verschärfte Agitation innerhalb der Gewerkschaften wurde besondere Bedeutung beigemessen. Hierdurch hofften die Kommunisten, die Unruhe in der Arbeiterschaft nutzen zu können, um gegenüber der SPD wieder an Terrain zu gewinnen. Allerdings ging bei den ersten allgemeinen Betriebsratswahlen in Rheinland-Pfalz im Oktober 1947 in der Pfalz der KPD-Anteil gegenüber den im Sommer 1945 ernannten Betriebsvertretungen von 20% auf 14% zurück, während sich der SPD-Anteil nur von 35% auf 32,5% reduzierte.<sup>15</sup>

Mit dem Ausbruch des Kalten Krieges verschärften sich die Konflikte zwischen SPD und KPD weiter. So wurde am 9. April 1948 der Vertreter der KPD in der Landesregierung mit den Stimmen der SPD abgewählt. Entsprechend stellte die KPD auf dem zweiten Bundeskongreß des AGB am 28. und 29. Mai 1948 in Mainz erstmals Gegenkandidaten gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung auf. Der Ludwigshafener Fritz Baumgärtner unterlag mit 42 gegen 101 Stimmen dem wiedergewählten Landesvorsitzenden

---

<sup>14</sup> Das Schreiben ist abgedruckt bei Weitzel (Anm. 6), S. 192 f.

<sup>15</sup> Vgl. Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung, Mainz 1988, S. 264 f.

Adolf Ludwig jedoch deutlich. Auch der stellvertretende Vorsitzende Hennen (SPD) wurde in seinem Amt mit 105 gegen 38 Stimmen für seinen Gegenkandidaten Fasel (KPD) bestätigt.<sup>16</sup>

Auf der kommunalpolitischen Ebene vollzog sich nach der Gemeindevahl im November 1948 der Bruch, als auch in den pfälzischen Städten mit linken Mehrheiten, wie Ludwigshafen und Kaiserslautern die kommunistischen Beigeordneten durch die Koalitionspartner SPD und CDU nicht bestätigt wurden. Diese Isolierung hatte die KPD jedoch selbst mit der ideologischen Aufgabe eines eigenen deutschen Weges zum Sozialismus nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin und ihre nachfolgende Umwandlung in eine „Partei neuen Typus“ wesentlich gefördert. Herbert Müller war als Landesvorsitzender bereits im April 1948 abgelöst worden. Am 30. September 1949 vollzog er als Titoist diffamiert seinen Übertritt zur SPD und leitete damit den Niedergang der pfälzischen Kommunisten ein.<sup>17</sup>

Schließlich plädierte der Vorsitzende der pfälzischen SPD, Franz Bögler, auf dem 43. Bezirksparteitag sogar für eine „demokratische Unschädlichmachung der Kommunisten“. Er sagte wörtlich: „Genossinnen und Genossen, ich kann mir nicht vorstellen, daß von jetzt ab einer von Ihnen, der Charakter und Ehre hat, auf irgend einer persönlichen oder politischen Ebene mit einem Kommunisten, wenn auch privat, Verbindung oder Beziehungen aufrechterhalten kann. Unsere grundsätzliche Haltung muß so sein, daß die Kommunisten in unserem Volke wie Aussätzige behandelt werden. Die politische Konsequenz einer solchen Haltung muß die demokratische Unschädlichmachung dieser Partei im politischen Leben Deutschlands sein.“<sup>18</sup>

Trotzdem bemühte sich die KPD in der Folge immer wieder um ein Übereinkommen mit der SPD - gerade im gemeinsamen Kampf gegen die Remilitarisierung - dies wurde jedoch von der SPD stets mit dem Verweis auf die Entwicklung in der DDR - noch verstärkt nach dem 17. Juni 1953 - konsequent zurückgewiesen. Zudem wurde das tatsächliche Vorhandensein einer linken Mehrheit auf kommunaler Ebene und im pfälzischen Bezirkstag auf Grund der deutschnationalen Politik der KPD bestritten und sie von der Führung der SPD vielmehr als

---

<sup>16</sup> Vgl. Lattard (Anm. 15), S. 266 f.

<sup>17</sup> Vgl. die Austrittserklärung von Herbert Müller, veröffentlicht in der Freiheit vom 30. September 1949, Nr. 115, 3. Jg.

<sup>18</sup> Vgl. Die Freiheit vom 17. Mai 1950, Nr. 53, 4. Jg.

rechte Partei eingestuft. Trotz ihrer prinzipiellen Gegnerschaft hielt die SPD aber das von der Bundesregierung ab 1951 betriebene KPD-Verbot für unzweckmäßig.<sup>19</sup>

Hingegen wurde auf Seiten der CDU mit einiger Besorgnis die Nachteile des am 17. August 1956 schließlich vollzogenen Verbots erörtert, die durch den Wechsel der nun heimatlosen kommunistischen Wähler zur SPD entstehen könnten.<sup>20</sup> Schließlich hatte die KPD bei der Landtagswahl 1955 in der Vorderpfalz noch 5,1% der Wählerstimmen erhalten. Diese dürften dann bei den Kommunalwahlen im November 1956 in der Pfalz durchgängig SPD gewählt haben, nachdem mehrere kommunistische Nachfolgelisten, z.B. in Ludwigshafen, Kaiserslautern, Lambrecht, Frankenthal und Speyer ebenfalls verboten worden waren. So trug vermutlich auch der Wahlauf Ruf des ZK der KPD vom 14. Juli 1957 an die verbliebene kommunistische Restwählerschaft zu Gunsten eine Stimmabgabe für die SPD bei den anstehenden Bundestagswahlen nicht unwesentlich zu dem sozialdemokratischen Zugewinn von insgesamt 3% bei. Dies konnte aber eine absolute Mehrheit der CDU und die damit verbundene Bestätigung des konsequenten Antikommunismus in der Bundesrepublik der 50er Jahre nicht verhindern.<sup>21</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. Die SPD und der Kommunistenprozeß, in: Weißbuch der Kommunistischen Partei Deutschlands über den Verbotsprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, Düsseldorf 1955, S. 240 ff.

<sup>20</sup> Vgl. das Protokoll des CDU-Bundesvorstandes vom 23. November 1956, veröffentlicht in: Forschung und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben von Klaus Gotto, Hans Günther Hocherts, Rudolf Morsey und Hans Peter Schwarz, Band 16, Düsseldorf 1990, S. 1052 ff.

<sup>21</sup> Vgl. Kluth, Hans: Die KPD in der Bundesrepublik Deutschland, Köln / Opladen 1959, S. 57



- Klaus J. Becker
- 1963
- 67278 Bockenheim
- Studium der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Neuere Geschichte und Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim mit Abschluß Magister Artium
- Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stadtarchiv Ludwigshafen
  
- „Sie sind unser Schicksal“. Wirtschaftswunder und Krisen bei Carl Zeiss und in Oberkochen 1946 - 1996, in: Der letzte Schliff. 150 Jahre Arbeit und Alltag bei Carl Zeiss. Herausgegeben von Frank Markowski, Berlin: Aufbau Verlag 1997
- Georg K. Glaser und die Wormser KPD, in: Georg K. Glaser: Zeuge seiner Zeit / Schmied und Schriftsteller / Guntersblum 1910 - 1995 Paris. Herausgegeben von KD Wolff, Basel / Frankfurt am Main: Stroemfeld 1997
- Der lange Weg von der KPD zur SPD 1945 - 1949, in: Der Mensch muß zur Geltung kommen. Zur Erinnerung an Herbert Müller. Herausgegeben vom SPD-Stadtverband Ludwigshafen, SPD-Stadtratsfraktion Ludwigshafen und SPD-Ortsverein Ludwigshafen-Friesenheim, Ludwigshafen 1997